

27. April 1917

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Mitzew,**  
Wien. I., Neues Rathaus.

27- Jahrg. Wien, Freitag, 27. April 1917. Nr. 155.

Abgabe von städtischer Marmelade. Von Samstag, den 28. d.M. an wird neuerlich städtische Marmelade (G.W.-Marmelade) mit Goldrübenzusatz gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 17 in den bisherigen Verschleißstellen abgegeben. Auf jeden Haushalt entfällt gleichmäßig 1/2 Kilogramm.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 27. April 1917.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hierhammer

eröffnet die Sitzung mit der Bemerkung, daß Bürgermeister Dr. Weiskirchner durch eine wichtige Sitzung im Ministerrats-Präsidium verhindert sei.

Der Vorsitzende bringt eine längere Zuschrift des k.k. Amtes für Volksernährung zur Verlesung, in welcher eine genaue Bilanz über die Kriegskaffee-Zentrale bis Ende 1916 aufgestellt wird, die mit einem Gebarungüberschuß von 166.000 K abschließt. Gleichzeitig teilt das Handelsministerium mit, daß die Verfügung getroffen wurde, daß bei allen dem Handelsministerium unterstehenden kriegswirtschaftlichen Zentralen für eine nach den Weisungen dieses Ministeriums erfolgende Verwendung allfälliger Gebarungüberschüsse vorgesorgt werde. Die entsprechende Abänderung der in Betracht kommenden Gesellschaftsstatuten wird mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Gespendet haben:

Direktor Richard P. Baumfeldt (Länderbank) im Auftrage der Verlassenschaft L.A. Lohnstein 20.000 K den Armen Wiens mit der Bitte, einen Teil dieses Betrages für Kriegswohltätigkeit zu bestimmen.

August Rath jun. anlässlich des Ablebens seines Onkels Ludwig Tobmeyr 5000 Kronen für die Armen Wiens.

Paul Feitler 3000 Kronen für die Armen Wiens.

Baron Hermann Grödel (Budapest) 3000 Kronen für die Armen Wiens.

Die Firma N. Schefftel 2000 Kronen für die Armen und armen Kinder des ersten Bezirkes.

Aurel Deutsch letztwillig 500 Kronen den Armen der Stadt Wien christlicher Konfession.

Die Wiener Vorschusskasse je 500 Kronen für die österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz und für den Militärwitwen und Waisen Hilfsfond der gesamten bewaffneten Macht mit der Bitte, diese Spenden den genannten Körperschaften überweisen zu wollen.

Schriftführer Gemeinderat Philp verliest den Einlauf.

GR. Wimberger weist in einer Anfrage auf die ungeheuren Menschenansammlungen vor den Ständen der Grossschlachtereien beim Verkauf des sogenannten Volkerindfleischs hin und fragt, ob dieses Fleisch nicht in einer grösseren Menge von Fleischbänken verkauft werden könne, um einerseits Menschenansammlungen zu verhindern, andererseits den Fleischhauern eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen.

Der Vorsitzende erwidert, dass das sogenannte Volkerindfleisch ohnehin in mindestens 150 Ständen und Geschäften verkauft wird. Wenn der Fragesteller das Fleisch für Minderbemittelte meint, so habe das Amt für Volksernährung angeordnet, dass dieses Fleisch nur

in bestimmten Ständen der Grossschlachtereien abgegeben werden darf, offenbar um eine verlässliche Kontrolle ausüben zu können, da die Abgabe dieses Fleisches um 3 K 60 h per kg nur durch namhafte Aufwendung von Staatsmitteln möglich ist.

GR. Dr. Klotzberg fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die nach Wien gebrachten ungekochten Kuttelflecke geputzt, in den Sterilisierungskesseln im neuen Schweineschlachthause gekocht und so an das konsumierende Publikum verkauft werden.

Der Vorsitzende erwidert, er werde diesen Vorschlag als Antrag behandeln und den Magistrat beauftragen, darüber zu berichten.

GR. Schäfer fragt, ob der Bürgermeister vermitteln wolle, dass die Verfügung, mit welcher den Lohnfuhrwerks- und Kraftwagenbesitzern verboten wird, in den Prater zu fahren, welche Verfügung dieses Gewerbe sehr hart trifft, aufgehoben werde. Er betont, dass dieses Verbot die Wiener Bevölkerung besonders in der Firmwoche schwer empfinden würde.

Der Vorsitzende erwidert, die Interpellation werde dem Statthalter zur Kenntnis gebracht werden.

GR. Dr. Hemala, Schwarz, Kunschak und Genossen stellen unter Hinweis auf die in der Reichspost vom 26. ds.Mts. veröffentlichte Zusammensetzung der Futtermittelzentrale folgende Anfrage:

Ist der Bürgermeister gewillt, bei der hohen Regierung eine Untersuchung über die Zusammensetzung der derzeit bestehenden Wirtschaftszentralen anzuregen. Namentlich wäre festzustellen, ob bei der Frage, der Zusammensetzung dieser Zentralen bestimmte fachliche Kenntnisse oder lediglich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie oder gar noch andere Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielten.

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer entgegnet, die Interpellation werde dem Ministerpräsidenten übermittelt werden.

GR. Goltz weist in einer Interpellation darauf hin, dass die Bekanntmachung der städtischen Gaswerke, das im nächsten Winter Gas für Heizzwecke nicht mehr abgegeben werden wird, in der Wiener Bevölkerung grosse Beunruhigung hervorgerufen habe. Bei der grossen Schwierigkeit der Versorgung von Einzelpersonen mit Kohle und bei den teuren Fahrtspesen sowie mit Rücksicht darauf, dass ja bei der Gaserzeugung aus Kohle wichtige Nebenprodukte gewonnen werden, fragt er, ob der Bürgermeister nicht diese Angelegenheit neuerlich überprüfen wolle. Um einer Verschwendung vorzubeugen, könnte ja wie beim Lichtverbrauche ein Höchstausmass festgestellt werden.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die Frage der Sicherstellung der Gaserzeugung und die damit in engster Verbindung stehende Beschränkung der Gasverwendung beschäftigen die Obmänner-Konferenz schon seit längerer Zeit auf das Eingehendste. Die städtischen Gaswerke sind im Winter 1916/17 mit dem ausserordentlich hohen Kohlenvorrat von 218.000 t eingetreten. Dieser Vorrat ist infolge des sehr stark gestiegenen Gasabsatzes, der schlechten Erfüllung oberschlesischer und einiger österreichischer Kohlenschlüsse und der minderen Beschaffenheit der gelieferten Kohle sehr tief gesunken. Er beträgt heute nurmehr 28.356 t gegenüber 128.300 t zur gleichen Zeit im Vorjahre. Während in früheren Jahren im April der Kohlenvorrat der Gaswerke schon im Wachsen war, ist er heuer noch im Fallen. Um eine volle Erfüllung der österreichischen Kohlenschlüsse möglichst sicherzustellen, hat das k.k. Ministerium für öffentliche Arbeiten über Ersuchen die geschlossenen Kohlen bei den Kohlenwerken angefordert. Weiters wurde die Höchstmenge Kohle, die derzeit zu beschaffen war, zugekauft, und deren Lieferung gleichfalls im Anforderungswege sichergestellt. Wegen der Lieferungen aus Oberschlesien wurden wiederholt Schritte beim k.u.k. Kriegsministerium gemacht, die bisher keinen Erfolg zeigten. Selbst bei voller Erfüllung der Schlüsse ist es aber ausgeschlossen, dass die städtischen Gaswerke am Beginne des kommenden Winters einen Kohlenvorrat

besitzen werden, der auch nur annähernd den den Vorjahres erreicht. Die Gaswerke werden daher unter keinen Umständen in der Lage sein, im nächsten Winter einen Gasbedarf in der Höhe desjenigen des Winters 1916/17 zu decken. Es muss daher unbedingt eine Beschränkung der Gaslieferung stattfinden. Um diese Einschränkung der Bevölkerung möglichst wenig empfindlich zu machen, wird die Beheizung von Räumen mit Gas verboten werden. Durch dieses Verbot werden nur rund 8-8 v.H. der Gasabnehmer betroffen. Wo bauliche Verhältnisse eine andere Heizung ausschliessen, würde Gasheizung im beschränkten Masse bewilligt werden. Die hiedurch zu erzielende Gasersparnis wird voraussichtlich ausreichen, um den Bedarf an Gas zu Beleuchtungs-, Koch- und Betriebstechnischen Zwecken in der ungefähren Höhe des Vorjahres zu befriedigen.

VEGM. Hierhammer setzt hinzu: In einem heutigen Tagblatt stand auch ein Leitartikel über diese Angelegenheit. Es wird dort gesagt, der Gasdirektor soll sich helfen wie er will, er muss die Kohle beschaffen, damit im Winter die Gasbeheizung nicht unterbleibt. Der Artikelschreiber scheint zu vergessen, dass wir zur Erzeugung von Gas eine ganz spezifische Kohle brauchen, die in grossen Quantitäten nur aus den Oberschlesischen Revieren bezogen werden kann. Das erforderliche Quantum kann aber nicht geliefert werden, aus Gründen die in öffentlicher Sitzung nicht besprochen werden können, die jedoch mit Dingen zusammenhängen, die den Frieden bringen sollen. Zur Beheizung steht immerhin aber noch Braunkohle in grösseren Mengen zur Verfügung. Die Herren mögen das gütigst zur Kenntnis nehmen und werden dann selbst beurteilen können, was im Bereiche der Möglichkeit liegt und was nicht. Uns macht es sicherlich kein Vergnügen eine Drosselung des Gasverbrauches vorzunehmen.

GR. Nagler stellt eine Anfrage über die schwere Schädigung des Realbesitzes in Wien durch den Lastenautomobilverkehr.

Der Vorsitzende verspricht, dass den von dem Fragesteller ausgesprochenen Wünschen entsprochen werden wird.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, der zuständigen Stelle Mitteilung zu machen, daß viele Herrschaftsverwaltungen zur Erzielung wucherischer Gewinne ihre Schafe im Offertwege vergeben und ist er ferner geneigt, strenge Massnahmen gegen diese neue Form der Preistreiberei zu verlangen, der ja eine gewisse Originalität nicht abzusprechen, die aber bei der gegenwärtigen trostlosen Lage des Lebensmittelmarktes trotzdem ein Verbrechen ist.

Der Vorsitzende erwidert, die Anfrage werde dem Amte für Volksernährung überwiesen werden.

GR. Rummelhardt beantragt der Bürgermeister möge die Direktionen des Stadtbauamtes und der Unternehmungen der Gemeinde Wien anweisen, den im Dienste der Gemeinde stehenden Mittelschultechnikern, welche berechtigt sind um die Führung der Standesbezeichnung "Ingenieur" beim Ministerium einzureichen, die Bescheinigung über eine 8 jährige Praxis und die Verwendung an einer leitenden Stelle - unter möglichst liberaler Auffassung dieses Begriffes - ausgestellt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Verteilung des Volkerrindfleisches. Morgen Samstag findet die Verteilung des Volkerrindfleisches an die Mitglieder der Wiener Fleischohauer-Gesellschaft in folgender Weise statt: Vormittags von halb 10 Uhr an für die Nummern 251 bis 350 und nachmittags von 1 Uhr an für die Nummern 1 bis 100.

VBGM. Hoss legt den Rechnungsabschluss des Lagerhauses der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1915/16 vor.

GR. Rotter verweist auf den Rückgang des Wiener Getreidehandels infolge der Disparität der Börsenbestimmungen in Wien und Budapest und verlangt die Einlösung der seitens der ungarischen Regierung in dieser Hinsicht gegebenen Versprechungen. Bei Verhandlungen mit Ungarn müsse ein grosses Gewicht auf die Einführung gleichmässiger Börsennotierungen, auf die Abschaffung des Terminhandels gelegt werden und man müsse gegen die Einführung des Mahlverkehrs oder des Einfuhrschein-Systemes schärfstens protestieren.

GR. Angeli gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass das Lagerhaus einen solchen ungeahnten Aufschwung genommen habe, beanständet es aber, dass die Beamtenschaft in schlechten Arbeiterräumen untergebracht sei. Er fordert die Erbauung eines neuen Verwaltungshauses und verlangt für die Wochenarbeiter des Lagerhauses bezahlte Urlaube zur Erholung.

GR. Emmerling rühmt die Tätigkeit des Lagerhauses und der demselben angeschlossenen Objekte wie des Kühlhauses und betont, dass diese Unternehmungen, wenn sie für die Kriegszeit von so grosser Wichtigkeit waren, gewiss auch im Frieden eine grosse Rolle zu spielen berufen sind. Man könne sich nicht vorstellen, dass diese Räume ausschliesslich dem Privathandel dienen sollen, sie müssen vielmehr für die Zwecke der Verpflegung der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinde könne überaus wohltätige Einrichtungen schaffen und mit ihren Lagerhäusern, wenn sie mit Waren gefüllt sind, beherrschend auf den Wiener Märkten auftreten. Der Redner schliesst sich den Beschwerden des Gemeinderates Angeli an und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die für die Remuneration der Angestellten ausgesetzte Summe von 28.000 Kronen erhöht werde.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Rechnungsabschluss unverändert genehmigt.

Nach einem Antrage des VBGM. Hoss wird dem Wiener Hilfskomitee für durch den Krieg in Not gerathene reichsdeutschen Staatsangehörigen und deren Familien eine neuerliche Subvention von 20.000 Kronen bewilligt.

VBM. Rain legt den Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie „Wallhof“ für das Betriebsjahr 1915/16 vor.

Der Referent bemerkt hierbei, dass infolge der Einstellung der Biererzeugung die Gemeinde Wien einen Steuerentgang von 5.9 Millionen Kronen zu erwarten habe. Er bedauert auch, dass die Steuerbehörden trotz des schlechten Geschäftsganges der Gastwirtschaften rücksichtslos vorgehen. Er appelliert an die Regierung, die möge hier eingreifen, damit nicht ein wirtschaftliches Leichenfeld im Hinterlande geschaffen werde.

GR. Neustadt bemerkt, das Brauhaus sei als Preisregulator erworben worden nicht aber als ein auf Gewinn berechnetes Unternehmen. Die Bierpreise hätten nicht erhöht werden sollen sondern das Bier wäre zu den Selbstkosten abzugeben. Trotz der verringerten Erzeugung sei der Reinertrag höher als im Vorjahre.

Berichterstatter VBM. Rain erwidert, dass sich das Kapital nur zu 3 1/2 % verzinst habe, es könne also nicht von einem uebermässigen Gewinn gesprochen werden. Die Spannung des Bierpreises für die Gastwirte musste auch etwas erhöht werden, da die Gastwirte infolge der geringeren Bruttoerträge viel weniger verdienten. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

VB. Rain berichtet neuerlich über den Rechnungsabschluss des Wiener Rathhauskellers für die Zeit von 1. Juli 1915 bis 30. Juni 16. Dieses Referat würde bekanntlich von der Tagesordnung der letzten Sitzung abgesetzt. In Vertretung des erkrankten damaligen Berichterstatters verweist der VB. darauf, dass der Reingewinn nur 17.44 % von Umsatze betrage und dass der Rathhauskeller auch in früheren Jahren ein ähnliches Erträgnis abgeworfen habe. Im Uebrigen habe aber die Gemeinde Wien für das Jahr 1916/17 Weine zu sehr hohen Preisen ankaufen müssen, dennoch aber sei im Rathhauskeller der Preis des Weines der gleiche geblieben wie früher und sei so niedrig wie in keinem einzigen Gasthause Wiens.

GR. Herold gibt seinen Danke dafür Ausdruck, dass ein ausführliches Referat vorgelegt wurde, dem man im grossen und ganzen auch zustimmen könne. Er kommt auf seine seinerzeitige Anregung zur und beantragt, dass das Erträgnis des Rathhauskellers zur Schaffung eines alljährlich in den Räumen und Höfen des Rathhauses abgehaltenen grossen Weinmarktes bestimmt werde. Die Aufgabe dieses Marktes solle sein dem vaterländischen Weine mehr Gestalt wie bisher zu verschaffen. Der Redner betont auch, dass besonderes Augenmerk der hiesigen Schaumwein-Industrie und der gasmafischen Erfindungen gewidmet werden müsse.

GR. DR. Schwarz-Hiller erklärt, dass die am 1. Juli 1915 zur Sitzung verhinderten GR. Löbauer und GR. Herold es sich nicht selbst in der letzten Sitzung des Gemeinderates heraus nicht darum handelt habe eine Debatte auszuwickeln, das Referat sei also unklar gehalten gewesen. Für die Verwendung von Reingewinnen zu bestimmten Zwecken sei bereits ein Präzedenzfall vorhanden und es habe deshalb der Antrag des GR. Donner das Erträgnis des Rathhauskellers der öffentlichen Ausverkaufaktion zuzuführen durchaus nichts Aussergewöhnliches an sich. Der Redner schliesst sich in Zukunft zur Abkürzung der Debatte bei Bilanzen die Belege vorher besser auszuarbeiten, damit eben die Vorstände ausserwie solche vorgekommen sind, nicht mehr ereignen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters werden die vorgelagten Anträge genehmigt. Der Antrag des GR. Herold findet genügende Unterstützung und wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Stadtrat Tomola berichtet über den Ausbau der städtischen Jugendfürsorge und führt aus: Der Wiener Gemeinderat ist heute eingeladen, einen Beschluss zu fassen, welcher die gesamte Jugendfürsorge den Anforderungen der Jetztzeit und unseren Pflichten für die Zukunft entsprechend auf jene Grundlage stellen soll, welche durch die Ergebnisse der Forschung als notwendig angesehen wird. Worüber wir beraten, ist nichts geringeres, als den Willen zum Weiterleben kundzutun; als Gemeinwesen von mehr als tausendjähriger Ueberlieferung jene Sicherungsmaßnahmen zu treffen, die notwendig erscheinen, um Wiens organisches, dem eigenen Pulschlag sein Blühen zunächst verdankendes Fortleben zu stützen. Denn unsere Lebenskraft zeigt bedenkliche Erscheinungen verminderter Energie, ihre ersten Spuren sind Jahre alt, damals setzte anfangs mit einer unbedeutenden Differenz der Geburtenrückgang ein. Die anfängliche Geringfügigkeit, redete man sich ein, sei eine zufällige Erscheinung, aber kein Merkmal beginnender Selbstzerstörung. Jedoch der Abstieg auf der schiefen Ebene blieb seitdem ein andauernder und er hat auch das mit der schiefen Ebene gemein, daß beim Abwärtsgleiten die Geschwindigkeit immer rascher wurde.

Der Redner gibt sodann eine Statistik über den immer mehr sinkenden Lebensüberschuss der Jahre 1909 bis 1913 und setzt dann fort: Wenn wir es auch als ein erfreuliches Ergebnis des Jugendschutzes erwarten, daß Plus der Geborenen zu haben, so darf dies nicht der Beweggrund für die neuen Einrichtungen sein, welcher vielmehr kein anderer ist als der, allen in

Wien geborenen Kindern jene Wachstums-, Ernährungs- und Erziehungsmöglichkeiten zu sichern, die der Kultur unserer Zeit entsprechen und die ein Geschlecht hilfreich unter die Arme nehmen, welches berufen sein soll, in der Stadt, im Reiche, als Nation, den Aufwärtsweg der Menschheit im Wettstreit mit den anderen Völkern rüstig emporzusteigen.

Die Errichtung des Findelhauses in Wien durch Kaiser Josef blieb für lange Zeit die letzte Wohlfahrtseinrichtung für Kinder. Der Fortschritt im 19. Jahrhundert ist erstaunlich. Allerdings waren anfangs die Errichtung von Waisenhäusern und die Gewährung von Erziehungsbeiträgen das ganze Um und Auf der städtischen Fürsorge in Wien. Bald kamen die Vereinigungen für den gesundheitlichen und erzieherischen Schutz der Kinder als Vorposten auf dem Felde systematischer Jugendfürsorge. Die Gemeinde Wien unterstützt 93 solche Vereine mit der Gesamtsumme von rund einer halben Million Kronen. Der Kinderfürsorge dienen auch die Einrichtung der Kinderheilstätten in Bad Hall, San Pelagio und Sulzbach-Tschl, die Ausgestaltung der städt. Kindergärten, die Errichtung der städtischen Knabenheime, die Kinderschutzstationen. Hand in Hand mit der Fürsorge der Stadt Wien gehen die Bestrebungen des Landes Niederösterreichs, vor allem die Errichtung des Landes-Zentralkinderheimes, die Erziehungsanstalt in Eggenburg und die Landes-Berufsvormundschaft.

In Ermanglung eines ausgiebigen Eingriffes der Staatsverwaltung müssen die heranwachsenden Geschlechter an die Einsicht der autonomen Körperschaften ihrer Heimat appellieren. Es ist der Hilferuf der gefährdeten Zukunft des Volkes, der unser Gewissen, unsere Verantwortlichkeit zu rascher, entschlossener Tat anruft. Alle Jugendfürsorgebestrebungen sind Flickwerk, wenn sie nicht den Menschen vom Tage seiner Geburt erfassen. Den Weg dorthin finden wir durch die Berufsvormundschaft für die Unehelichen, durch die Mittellosigkeit für die ehelichen Geburten. Die Unehelichen Kinder sind die gefährdeten. Die Säuglingsfürsorge muß durch Zuspruch von Bequemlichkeit und Unverstand, durch materielle Unterstützung wo Notlage das Stillgeschäft der Mütter gefährden, auf diese einwirken, wobei als Mindestdauer des Selbststillens drei Monate angenommen werden müssen, nach welcher Zeit die Lebenskraft der Säuglinge wesentlich gefestigt ist. Die kaiserliche Verordnung zum Krankenkassengesetz ist ein Fortschritt, zur Erreichung dieses Zieles, der aber in den allermeisten Fällen nicht hinreichen wird, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesene Frau vor Not zu schützen.

Der Referent bespricht sodann die wichtigen Aufgaben der Fürsorgerinnen sowie die Notwendigkeit, daß sich die Fürsorge auch auf das Kleinkindes-, das schulpflichtige- und Jünglingsalter erstreckt. In eingehender Weise erörtert StR. Tomola die Fürsorge für die verschiedenen Altersstufen und schließt mit den Worten: Ist die Gefahr drohend, so soll unsere Abwehr nicht weniger umfassend und großherzig sein. Der Wiener Gemeinderat wird dem grundlegenden Entwurfe, den ich vorlege, opferwillig seine Zustimmung geben, um der Zukunft unserer Stadt willen und eingedenk der Mahnung unseres göttlichen Lehrmeisters: Was ihr einem von diesen Armen Gutes tut, das habt ihr mir getan.

Lebhafter anhaltender Beifall folgte dem Referate und Bürgermeister Dr. Weiskirchner sowie zahlreiche Gemeinderäte beglückwünschten den Referenten.

3 VB. Hoß hatte während des Referates den Vorsitz übernommen.

GR. Reumann : Dieser Tag, an dem ein Referat von solcher Tragweite hier im Wiener Gemeinderate erstattet wird, ist ein Ehrentag für die Gemeinde Wien, ein Tag, den meine Partei schon lange herbeigeseht hat, ein Tag, an welchem eine Reihe von Wünschen erfüllt werden sollen, welche die Sozialdemokraten schon seit dem Jahre 1900 gestellt haben. Ich preise die Zeit, in der wir erkannt haben, dass der Mensch das höchste Gut der Gemeinsamkeit überhaupt ist, ( Beifall ) und dass wir alle Kräfte einsetzen müssen dieses Gut der Gemeinsamkeit zu erhalten und zu vermehren, Es ist gewiss sehr bedauerlich, dass ein so furchtbares Unglück wie der Krieg diesen Gedanken erst zeitigen musste, es ist gewiss bedauerlich, dass erst jene Erscheinungen, die uns heute in Ziffern und Zahlen vorgeführt worden sind der Geburtenrückgang, die Verminderung des Geburtenüberschusses uns dazu nötigen über Jugendfürsorge überhaupt zu sprechen. Es mag uns aber trösten, dass wir bahnbrechend in dieser Zeit vorangehen und dass von hier aus der Anstoss gegeben wird, kräftig für die Jugendfürsorge, für die Fortpflanzung des Geschlechtes zu wirken. Es wird einer langen Zeit bedürfen bis wir das wettgemacht haben, was in diesem Zeitraum des Elends und des Jammers zu Grunde gerichtet worden ist. Ich kann die Ansicht durchaus nicht teilen, dass nach dem Kriege die Bevölkerung sich rasch vermehren wird, denn alle Erfahrungen, die wir über die Kriegsfolgen gemacht haben, sprechen nicht dafür. Die Verschlimmerung der Volkskrankheiten, wie der Tuberkulose, die riesige Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten werden die rasche Entwicklung der Bevölkerung hemmen und noch lange nach dem Kriege ihren Einfluss ausüben. In Bezug auf die Jugendfürsorge sind wir sehr weit zurückgeblieben, dass wir nicht rasch genug nachholen können, was wir auf diesem Gebiete versäumt haben. Es fehlen uns auch eine ganze Reihe legislativer Bestimmungen, um all das zu schaffen, was im Interesse der Fürsorge für die Jugend geschehen müsste. Infolgedessen ist es doppelt und dreifach notwendig, dass wir dasjenige, was wir leisten können, auch leisten, damit Versäurtes nachgeholt werde, damit jene furchtbaren Wunden, die uns dieser verhängnisvolle Krieg geschlagen hat, wenigstens einigermaßen wettgemacht werden können und deshalb muss ich sagen, dass dieser heutige Tag mich so ungemein befriedigt und ich glaube, alle, die in diesem Saale anwesend sind, werden die Empfindung haben, dass uns der heutige Tag einigt in einer Arbeit, die gewiss nicht vergeblich geleistet wird und die Investitionskosten auch für die Gemeinde reichlich einbringt.

Der Redner bespricht sodann eingehend den Zusammenhang der Bevölkerungspolitik und insbesondere der Geburten mit den sozialen Verhältnissen und spricht die Befürchtung aus, dass der angestrebte Zweck leider nicht ganz erreicht werden können, weil es nicht in der Macht des Gemeinderates liege, die sozialen Verhältnisse zu ändern. Weiters bespricht der Redner die Notwendigkeit dass Still-Prämien, welche in dem vorzüglichen Referate des Magistrats-Sekretärs Gold als nicht ganz moralisch bezeichnet werden. Durch die Stillprämien sollen die Mütter erzogen werden nicht nur die Kinder selbst zu stillen, sondern auch die Stillzeit auf einen möglichst grossen Zeitraum auszudehnen. Die Krankenkassen haben mit diesen Prämien sehr gute Erfolge erzielt, von nicht weniger als 65% der Mütter ~~haben~~<sup>wurde</sup> gemeldet, dass sie ihre Kinder stillen. Es ist erfreulich, dass die Fürsorge nicht bloss die unehelichen Kinder, sondern auch die gefährdeten ehelichen Kinder erfasst, damit das Möglichste geschieht, um den Geburtenrückgang wenigstens einigermaßen wettzumachen.

4)

Wenn unser ganzes Departement für Amerkinderpflege in dem Jugendfürsorgeamt aufgehen würde, so würde ich das mit Freuden begrüßen. Alle Waisengelder sind eigentlich eine Verschwendung wenn nicht eine rationelle Pflege den Kindern geboten wird. Daß diese Fürsorge jetzt in die Wege geleitet werden soll, ist das Wertvollste in dem Antrage. In der Frage des Stillens wird man darauf bedacht nehmen müssen, dass in den Arbeitspärten oder in der Nähe derselben Gelegenheit dazu geschaffen wird, denn trotz aller Nachteile des Stillens nach vorhergegangener Arbeit ist dieses doch der künstlichen Ernährung vorzuziehen. Es ist ein grosser Vortschritt der Anschauung, dass hier in diesem Saale ausdrücklich hervorgehoben wird, dass die Fürsorge keine politisch nachteiligen Folgen nach sich ziehen dürfe. Wir haben diese Fürsorgetätigkeit als eine Pflicht zu betrachten, die wir im Interesse des großen Gemeinwesens der Stadt Wien zu erfüllen haben und infolge dessen müssen alle Rechtsnachteile aus dem Heimatsrechte des Vaters oder der Mutter von vorneherein ausgeschaltet werden. Wir müssen alle Bestrebungen der Jugendfürsorge mit jenen zur Bekämpfung der Tuberkulose aufs innigste verknüpfen und eine Zusammenarbeit der diesbezüglichen Vereinigungen anbahnen. Wenn von den Schäden der Stadterweiterung gesprochen wurde, so muß auch darauf hingewiesen werden, dass wir zwar Parkanlagen aber keine richtigen Tummelplätze für die Jugend geschaffen haben und so wurde die Jugend auf die Straße getrieben, die eine Zuchtanstalt für die Tuberkulose ist. Auf diesem Gebiete haben wir ebenfalls viel nachzuholen. Was den Schulbetrieb betrifft, so müssen wir hier das eine betonen, dass die Schulen nicht mehr mit Militär belegt werden sollen, sondern ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt werden, denn es ist schon oft und oft hervorgehoben worden, dass die Verrohung der Jugend während des Krieges die bedenklichsten Fortschritte gemacht hat. Die Jugend muß in entsprechender Weise beschäftigt werden, in den Kindergärten muß für Licht und Luft gesorgt werden, es gibt sehr viel zu tun und ich bin überzeugt, dass das Jugendamt vor große Aufgaben gestellt sein wird; wir können nur den Wunsch aussprechen, dass es ihm vergönnt sei, einen Teil dieser großen Aufgaben, zu denen auch die Schaffung von Tagesheimstätten für die Ferienzeit und die Frage der Berufsberatung gehören, einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Ich wünsche, sagt der Redner, dass die vorgelegten Anträge bis zur äussersten Konsequenz durchgeführt und dass alle Kräfte die im Gemeinderate vereinigt sind, herangezogen werden zur Mitarbeit, damit der vollste Erfolg erzielt werde. Wir haben alle Ursache, dem Magistrats-Sekretär Gold den Dank auszusprechen. Wenn man auch nicht mit allen ~~These~~ Thesen einverstanden ist,

so hat er doch die Aufgabe in einer Weise und mit einer Summe von Erfahrungen gelöst, welche der Gemeinde Wien und der X Bevölkerung zum Nutzen gereichen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz. Gemeinderat Rummelhardt dankt dem Bürgermeister für die Schaffung des Jugendamtes, dem Berichterstatter STRä Tomola für sein ausgezeichnetes Referat und dem Magistrats-Sekretär Gold für den erschöpfenden Bericht, der die Grundlagen für die heutige Beratung abgibt. Es sei zu wünschen, dass bei der beabsichtigten Aenderung des Gemeindestatutes das Jugendamt als selbständiges Amt errichtet werde. Es sei aber auch notwendig, dass diesem selbständigen Amte ein Beirat beigegeben werde, da die Initiative von aussen auf diesem wichtigen sozialen Gebiete nicht entbehrt werden könne. Vom Staate müsse verlangt werden, dass die Agenden der Jugendfürsorge, welche jetzt auf 4 Ministerien verteilt sind, zentralisiert werden und das Parlament müsse es als eine seiner ersten Aufgaben betrachten, dass bereits beschlossene Jugendfürsorgegesetz seiner endgültigen Erledigung zuzuführen.

Bei der Organisation des Jugendamtes sei es besonders zu begrüßen, dass die vorbeugende Jugendfürsorge durchgeführt wurde. Mit Anerkennung müsse auch zum Ausdruck gebracht werden, dass auch der schulpflichtigen und der schulentlassenen Jugend besondere Sorgfalt zugewendet werden soll. Gerade in diesem Alter der geheimnissvollen aber desto radikaleren Revolution müssen die Jugendlichen in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

In dem Referate werden 3 Richtungen unterschieden: die Erziehungsfürsorge, die körperliche Fürsorge und die Unterhaltsfürsorge.

Die Mittelschuljugend und auch die studierende Jugend ist in ~~normalen Zeiten~~ <sup>normalen Zeiten</sup> durch eine Reihe von Einrichtungen geschützt. Ganz anders steht es mit jenem Teil, der sofort nach absolvierter Schulpflicht ins Erwerbsleben zu treten gezwungen ist. Für diese ist wie in meinem Vorredner beipflichte, die Berufsberatung, das wichtigste Erfordernis, nur möchte ich diese Beratung bereits ins letzte Schuljahr verlegen und auch eine gewisse Art von Berufskontrolle eingeführt wissen. Für die Berufsberatung müsste vor Allem die Lehrerschaft, dann aber auch die Aerzte entsprechend vorgebildet und geschult werden. Aus diesem Grunde möchte ich an den Landesschulrat die Bitte stellen, dass er an unseren Lehrerakademien besondere Kurse hierfür schaffe. Weiters möchte ich die Forderung aufstellen, und zwar als eine Grundlage für die Jugendfürsorge überhaupt, dass die Fortbildungsschulpflicht auch auf jugendliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ausgedehnt und diese allgemeine

Fortbildungsschulen zu errichten wären, die aus sowohl für eine allgemeine Bildung als auch für eine sittlich-religiöse Weiterbildung und für eine körperliche Erfrischung sorgen sollte. Bei den Mädchen mögen diesen Schulen auch noch das gut machen, was in der Mädchenerziehung durch Jahrzehnte vernachlässigt wurde, die jugendlichen Arbeiterinnen auch auf dem Gebiete der Haushaltung zu erziehen, damit das Arbeitermädchen das notwendigste dessen lernt, was sie später einmal, wenn sie einen Mann bekommt, braucht. Weiters würde ich unbedingt dafür eintreten, dass für die Mädchen besondere neue Schulkategorien geschaffen werden und zwar Dienstbotenschulen, die für Wien unbedingt notwendig halte.

Redner stellt eine Reihe von Anträgen, von denen er weiss, dass sie nicht sofort zur Abstimmung gelangen können, er wünscht jedoch, dass sie der geschäftsordnungsässigen Behandlung zugewiesen und nach eingehender Beratung zur erledigung kommen. Diese Anträge sind:

1. Einsetzung eines Beirates für das städt. Jugendamt.
2. Errichtung von allgemeinen öffentlichen Berufsberatungs- und Berufskontrollstellen.
3. Ausbau <sup>der</sup> für Jugendfürsorge für die jugendlichen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen zur Verhütung der dieselben bedrohenden Schäden auf sittlichen, geistigen, körperlichen und wirtschaftlichen Gebiete.
4. ~~Errichtung~~ <sup>Einrichtung</sup> von Massnahmen zur Rettung der arbeits-scheuen und bereits verwahrlosten Jugend im nachschulpflichtigen Alter.
5. Übernahme der Schutzaufsicht im Sinne der Jugendgerichtshilfe über die bereits abgestrafte Jugend durch das Jugendamt.
6. Anstellung von Schulärzten an den Volks- und Bürgerschulen.
7. Ausdehnung der Fortbildungspflicht auf alle Jugendlichen im Alter von 14-16 Jahren insoweit sie nicht höhere Schulen bereits besuchen.
8. Errichtung von Koch-, Haushaltungs- und Dienstleistungsschulen für Mädchen.
9. Gesetzliche Regelung des Dienstver- und Arbeitsverhältnisses für jugendliche Personen im Sinne der Jugendfürsorgebestrebungen.
10. Ersuchen an die Regierung das Jugendfürsorgegesetz der parlamentarischen Erledigung und Allerhöchsten Sanktion zuzuführen.

Mit dem Ausbau des Jugendamtes erhält der heutige Tag eine besondere Weihe. Im Interesse der Jugend wollen wir arbeiten, zu einer Zeit, da es am meisten notwendig ist, die Grundlagen der Ergänzung des Volkes zu bilden, die Grundlagen zu einer Gesunderziehung der Jugend für Leib und Seele. (lebhafter Beifall).

GR. Dr. Loewenstein: Der Gemeinderat ist im Begriffe ein monumentales Werk zu schaffen, welches sicherlich beispielgebend sein wird, ~~für~~ <sup>für</sup> alle anderen Städte und Länder.

Der Redner bespricht die Vorlage insbesondere vom ärztlichen Standpunkte, freut sich insbesondere darüber, dass Bezirkschulrat Rummelhardt auch die Forderung nach Einführung von Schulärzten aufgestellt habe und bemerkt schliesslich, dass das in jeder Beziehung mustergiltige Elaborat das heute vorgelegt

wurde, eine Summe von neuen Tatsachen und ein glänzendes Material gebracht habe. Der bedeutungsvolle Aufbau der Jugendfürsorge wäre die Grundlage für die Zukunft unseres Reiches und für die Zukunft unserer Kinder. Selbstverständlich sei es, dass alle Mitglieder des Gemeinderates gemeinschaftlich an diesem bedeutungsvollen Werke mitarbeiten werden und dass er speziell mit Freude und Begeisterung den vorgelegten Anträgen zustimmen werde.

GR. Dr. Stich bespricht einzelne Punkte der Vorlage und stellt den Antrag, dass das Jugendamt beauftragt werde, ehestens einen Bericht über die Errichtung von Jugendleshallen zu erstatten.

GR. Prof. Wolny hält es für notwendig, den grossen Kreis der Lehrerschaft für die Jugendfürsorge zu interessieren, es müsse deshalb diesem Zweige ein grösserer Raum in dem Unterrichtsplan der Lehrerbildungsanstalten eingeräumt werden und auch schon in den Lehrerbildungsanstalten. Die junge Lehrerschaft <sup>müsse</sup> in das grosse Gebiet der sozialen Jugendfürsorge entsprechend eingeführt werden. Redner tritt dann dafür ein, für die Mädchen Wirtschaftsschulen für das häusliche Leben zu errichten, um sie von dem Massenbesuche der Handelsschulen durch die sie nur den Männern Konkurrenz machen, abziehen. Prof. Wolny spricht dann noch über die grosse geistige Irrungenschaft dieses Krieges, die in der Wiederanerkennung der sittlichen Wirkungen der Religion und des Glaubens an Gott und die göttliche Kraft gelegen sei. Wenn wir nach dem Kriege, sagt er, alle zusammenstehen, und zusammen arbeiten wollen zum gemeinsamen Wohle, bedarf es einer grossen innerlichen Festigung der gesamten Menschheit in sittlicher Beziehung.

Referent STR. Tomola: wir haben heute ein Werk allergrösster sozialer Fürsorge geschaffen, auf dessen Basis weiter zu bauen niemand mehr wird verabsäumen können. Der erste Namenstag der Kaiserin ist heute, da ein solcher Antrag vom

W. Gemeinderate angenommen wird. Von den zahlreichen Glückwünschen, die ihr dargebracht wurden, wird keiner ihr Herz so erfreuen, als der zu erfahren, dass heute ein Werk geschaffen wurde, welches ganz nach ihrem Sinne ist, welches gefördert zu sehen, der jungen Kaiserin die grösste Freude bereiten wird.

Hgm. Dr. Weiskirchner leitet die Abstimmung ein,

er erklärt: es entspricht der Bedeutung dieser Angelegenheit, wenn ich die Herren, welche für die Anträge sind, bitte, sich von den Sitzen zu erheben. Der Bürgermeister konstatiert unter lebhaftem Beifall die einstimmige Annahme.

Beimn wird dem Antrag des Magistrats-Sekretärs Hölzl sein ausgezeichnetes Referat der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

Ebenso werden die in der Debatte gestellten Zusatzanträge einstimmig unterstützt und der Geschäftsordnung zugewiesen.

Hgm. Dr. Weiskirchner: Ich danke den Gemeinderäten für den monumentalen Beschluss. Gestärkt durch Ihr Vertrauen werden wir im Interesse des Volkes an die Arbeit schreiten. (lebhafter anhaltender Beifall).

GR. Angermayer beantragt die Festsetzung eines Mindestlohnes für die städt. Bediensteten und Aufhebung der Sperre der zweiten und dritten Lohnstufe für die Bediensteten der Strassenpflege, der Märkte und Schlachthäuser (angenommen).

Es wird hierauf die Wahl von 24 Mitgliedern in den Ausschuss zur ~~Ernen~~ Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeinewahlrechtes vorgenommen. Gewählt wurden:

Die Vizebürgermeister Hierbauer, Hoss und Raia, die Gemeinderäte Angermayer, Brauer, Eglauer, Dr. Hemala, Kunschek, Dr. Mataja, Nagler, Roth, Schlechter, Schmidt, Schwarz, von Steiner, Tomola aus den Reihen der Mehrheit, ferner Dr. Genitsch, Dr. Hein, Hohensinner, Dr. Mittler, ~~xxxx~~ vom Verband der bürgerlich-freihetlichen Gemeinderäte und David, Emmerling, Reumann und Skaret aus der sozialdemokratischen Partei.